

## FBP AKTUELL: MEIN STANDPUNKT

# Verhinderter Stich ins Herzstück

Marcus Vogt über fremde Federn und Erinnerungslücken

## Landesbeitrag an die NBU soll abgeschafft werden

**VADUZ** – Die Regierung hat den Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung (Unfallversicherungsgesetz) verabschiedet. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesanpassung soll der Landesbeitrag an die Nichtberufsunfallsversicherung (NBU) ab dem Jahr 2012 abgeschafft werden. Der Landeshaushalt wird dadurch um 12 bis 13 Millionen Franken jährlich entlastet. Das Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung garantiert den Schutz vor den Folgen eines Unfalls oder einer Berufskrankheit in Form von Heilungskosten, Taggeldern und Renten. Während die Prämie für Berufsunfälle gänzlich vom Arbeitgeber zu bezahlen ist, sieht das Gesetz heute vor, dass die Prämie für Nichtberufsunfälle zu 2/3 vom Arbeitnehmer und zu 1/3 vom Land getragen wird. Damit deckt der Staat einen Teil der sogenannten Freizeitunfälle ab. Im Massnahmenpaket der Regierung zur Sanierung des Landeshaushalts, das vom Landtag genehmigt wurde, ist die Abschaffung des Landesbeitrags an die Prämien der Nichtberufsunfallversicherung enthalten. Die Versicherten werden bei einer Abschaffung des Landesbeitrags, je nach Jahreseinkommen, maximal um zusätzlich 660 Franken pro Jahr belastet. Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei oder über deren Homepage im Internet ([www.rk.llv.li](http://www.rk.llv.li) – Vernehmlassungen) bezogen werden. Die Vernehmlassung endet am 17. Dezember 2010. (paf/red)

Die jahrelang fundiert vorbereitete Steuerreform ist durch den Landtag gegangen. Wenn alles planmässig verläuft, hat Liechtenstein ab dem 1. Januar 2011 ein Steuergesetz, das wirtschafts- und unternehmerfreundlich aufgebaut ist, den Standort Liechtenstein als Werkplatz und Finanzplatz stärkt und dennoch den europäischen Standards entspricht. Man kann für dieses Werk, wenn man so will, den Begriff «historische Steuerreform» verwenden. Was man hingegen aus Gründen der Fairness und der historischen Wahrheit nicht tun sollte: Die Steuerreform als Reformwerk des derzeitigen Regierungschefs zu bezeichnen und ihn mit falschem Lorbeer zu behängen.

## Steuerreform ist das Werk von Otmar Hasler

Die Steuerreform ist das Werk von Regierungschef Otmar Hasler, der vor Jahren die Steuerreform an die Hand genommen hat und Wissenschaftler mit der Ausarbeitung eines EU-kompatiblen Steuergesetzes beauftragte, das Rücksicht auf Besonderheiten unseres Landes als Finanzplatz nehmen sollte. Entstanden ist ein Reformwerk, in den Grundzügen schon zu Zeiten der Alleinregierung Hasler, ohne Unterstützung eines Koalitionspartners, das einhellig die Zustimmung der bisher damit befassten Kreise gefunden hat. Ich möchte damit nicht in Abrede stellen, dass sich auch der derzeitige Regierungschef Klaus Tschüscher mit der Steuerreform befasst hat oder befassten musste. Auch kann nicht in Abrede gestellt werden, dass er versucht hat, dem Reformwerk noch ein bisschen seine Handschrift aufzudrücken – beispielsweise mit dem Vorschlag einer massiven Steuererhöhung für Stiftungen von 80 Prozent, was im Landtag am Widerstand der FBP-Fraktion und mit Hilfe aus der VU-Fraktion scheiterte.

Hintergrund für die Ablehnung der 80-Prozent-Erhöpfung bildete nicht das Bestreben der FBP-Fraktion, Mehreinnahmen für den Staatshaushalt zu verhindern. Vielmehr nahm die FBP-Frak-

FOTO ZUR



**FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt: «Die VU wird derzeit in Sachen Steuererhöhungen von der eigenen Geschichte eingeholt. Alfred Hilbe sei vor seinem nächsten Leserbrief empfohlen, die damaligen staatstragenden Worte seiner Parteikollegen nachzulesen.»**

tion die Argumente aus Treuhänder-Kreisen auf, die Erhöhung der Mindeststeuer auf ein vertretbares Ausmass zu beschränken. Die Treuhänder, die Vergleiche mit anderen Finanzplätzen angestellt haben, befürchteten mit Recht, dass der Finanzplatz Liechtenstein für Stiftungen uninteressant werde, weil andere Finanzplätze ähnliche Leistungen zu günstigeren Konditionen anbieten. Stiftungen bilden, das wissen wir seit dem Futuro-Bericht, das Herzstück des Finanzplatzes. Man braucht kein pessimistischer Schwarzmaler zu sein, um sich vorzustellen, was auf dem Finanzplatz los gewesen wäre, wenn internationale Schlagzeilen gelaute hätten: «Liechtenstein treibt Steuern um 80 Prozent in die Höhe!» Ganz abgesehen davon, dass die aus VU-Kreisen hoch gelobte Stiftungsreform von Klaus Tschüscher in Fachkreisen als nicht über alle Zweifel erhaben angesehen

wird. Im Unterschied zur Steuerreform von Otmar Hasler.

Die FBP wird aus gewissen Kreisen Kritik ertragen müssen, für den Staatshaushalt dringend benötigte Einnahmen verhindert zu haben. Bewusst blenden jene Kreise aus, dass der Staatshaushalt nachhaltig nur mit erheblichen Einsparungen saniert werden kann. Und ausgeblendet wird auch, dass der amtierende Regierungschef als Regierungschef-Kandidat als Sofortmassnahme die Sanierung des Staatshaushalts versprochen hat. Kaum im Amt, legte Klaus Tschüscher noch eins drauf: Sparen ohne

## VU wird von eigener Geschichte eingeholt

Tabus! Inzwischen schält sich langsam heraus, dass der Regierungschef geneigt ist, ohne Tabus zu

Mehreinnahmen zu gelangen: Oder bleibt der Vorschlag, die Mindeststeuer bei den Stiftungen um 80 massive Prozent anzuheben, ein Einzelfall?

Die VU wird derzeit in Sachen Steuererhöhungen von der eigenen Geschichte eingeholt. Altregierungschef Alfred Hilbe leistet dem Regierungschef bereits Schützenhilfe, blendet aber die zweite Hälfte der Geschichte aus. Als schon vor vielen Jahren der Vorschlag im Raum stand, die Mindeststeuer für Gesellschaften massvoll von 1000 auf 1200 Franken zu erhöhen, wehrte sich die VU-Mehrheitsfraktion im Landtag mit allen erdenklichen Argumenten. Alfred Hilbe sei vor seinem nächsten Leserbrief empfohlen, die damaligen staatstragenden Worte seiner Parteikollegen nachzulesen.

Marcus Vogt,  
FBP-Geschäftsführer

## RADIO LICHTENSTEIN

### Gemeinderatswahlen voraus!

**TRIESEN** – Nach der Wahl ist vor der Wahl. In wenigen Monaten wählen die Liechtensteiner Gemeinden ihre Gemeinderäte und Vorsteher. Die Suche der Parteien nach Kandidatinnen und Kandidaten läuft auf Hochtouren – denn Freiwillige zu finden, die sich neben Beruf und Privatleben für ein politisches Amt zur Verfügung stellen, wird immer schwieriger. In der RadioL-Sendung «Thema» diskutieren Adolf Heeb, Präsident der VU, Marcus Vogt, Geschäftsführer der FBP, und Claudia Heeb-Fleck von der FL über den Wahlkampf in den Gemeinden, den Einfluss der Landespolitik und weshalb die Arbeit von Kommunalpolitikern zu wenig geschätzt wird. Moderiert wird die Sendung von Dani Hösli. «Thema» – die RadioL-Diskussionssendung am Sonntag, den 26. September, ab 11 Uhr. (pd)



## LESERMEINUNGEN / FOREN

### Nachtrag zur Eröffnung der Uli-Mariss-Hütte

Ich bin der Meinung, dass man einmal allen an der Organisation Beteiligten, aber insbesondere dem Mitglied des Gemeinderates Eschen, Herrn Toni Schächle, für seinen massgeblichen und Massstab setzenden Einsatz und die Planung der perfekt gelungenen Eröffnungsfeier der Uli-Mariss-Hütte danken sollte. Es waren immerhin 300 Bürger anwesend, die sämtlich ihren Spass hatten.

Michael Löwenstrom,  
Quellenstrasse 14, Eschen

### Die Krise bestanden

Krise bedeutet Wendepunkt, Entscheidung auf verschiedenen Gebieten: Gesundheit, Klima, Wirtschaft, Regierung, Ehe ... Die Schweizer Regierung entschied sich für die Nationalhymne (DRS, 14. September). Gott hat also weiter «Wohnrecht» im Staat und hoffentlich auch in den Herzen, sodass

auch der «Buss- und Betttag» ernst genommen wird. Bruder Klaus (der 25. September ist sein Festtag!) war sicher enttäuscht, dass dieses Thema überhaupt zur Abstimmung kommen musste; jetzt kann er sich freuen, dass die Schweizer weiter singen werden «Trittst im Morgenrot daher ...».

Auch die FL-Nationalhymne «weiss», dass «Gottes weise Hand» dieses schöne Stück Erde «für uns ersehen hat». Der Staatsfeiertag am 15. August wird sogar jedes Jahr mit einer Eucharistie- = Dankfeier eingeläutet. Ob Gott sich freuen kann über alles, was im Ländchen – und in der Welt – auf allen Ebenen gelebt wird, ist eine andere Frage. Da müssen sich die Menschen in Leitungsgremien der Kirche, Politik und Wirtschaft, ja jeder Bürger und jede Bürgerin in jedem Land unseres Planeten täglich neu entscheiden. An Krisen fehlt es nicht. Sich ihrer bewusst werden, ist schon der 1. Schritt in die richtige Richtung.

Das Wunderbare ist, dass unser Gott, der «die Liebe ist», uns ständig den Weg zum Umdenken und richtig

Handeln offen hält. Aber tun muss es jede und jeder selbst. Viel Mut, Hoffnung und – guten Erfolg!

Sr. Alma Pia, ASC,  
Kloster St. Elisabeth, Schaan

### Autobahnen durch Liechtenstein verbinden?

Das Land Vorarlberg plant die Auto-Südumfahrung von Feldkirch und freut sich. Denn die Liechtensteiner Politik spielt mit. In den Köpfen ethischer Verantwortungsträger entstehen die Umfahrungsstrasse von Schaanwald entlang der Eisenbahn, von Nendeln im Bogen um das ganze Dorf, in Schaan via 1. Etappe (Industriezubringer) und 2. Etappe der Umfahrungsstrasse zur Rheinbrücke. So sollen die Schweizer und Österreicher Autobahnen durch unser Land verbunden werden. Wird die Bevölkerung sich das gefallen lassen?

Im 6-Punkte-Programm der FBP ist im Zusammenhang mit der Verlegung der Vorarlberger-Strasse Höhe Zuschg-

Gebäude zur Eisenbahnlinie zu lesen: «Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass durch diese Zentrumsgestaltung, mit welcher nur ein Quartier vom Durchgangsverkehr entlastet wird, nicht dazu führt, dass die Verkehrsbelastung der gesamten Ortschaft zurückgestellt wird.» Auf gut Deutsch verlangt die FBP eine Umfahrungsstrasse für Schaanwald entlang der Eisenbahn bis Nendeln.

Zu Nendeln ist im 6-Punkte-Programm der FBP zu lesen: «Darüber hinaus fordert die FBP von der Regierung, das Projekt «Vision Nendeln 2022», welches im Juni 2010 von der Gemeinde vorgestellt wurde, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde einer raschen Umsetzung zuzuführen und bevorzugt zu behandeln. Auch beim Projekt «Vision Nendeln 2022» soll der Weiler ein belebtes Zentrum erhalten und vom Durchgangsverkehr entlastet werden.» In der «Idee Nendeln» der Hochschule Liechtenstein ist als Randbedingung eine Umfahrungsstrasse von einem neuen Kreisell an der Feldkircher Strasse über einen neuen Kreisell bei

der Industrie an der Rheinstrasse bis zu einem neuen Kreisell nördlich an der Churer Strasse vorgegeben.

Die FBP setzt sich also offiziell für Umfahrungsstrassen von Schaanwald und Nendeln ein. Zusammen mit der Südumfahrung von Feldkirch ergibt sich dann mit der 1. Etappe der Nordumfahrung von Schaan (Industriezubringer) eine Verbindung der AT-CH-Autobahnen bis Schaan, Bänderstrasse. Die 2. Etappe der Nordumfahrung Schaan von der Bänderstrasse zur Zollstrasse wird die logische und im Richtplan vorgesehene Folge sein. Sie wird die Autobahnverbindung durch unser Land fertigstellen.

Die Vorarlberger Bevölkerung hat sich seit Jahren gegen eine Verbindung der Schweizer und Österreicher Autobahnen durch Vorarlberg erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die Liechtensteiner Politik will nun diese Autobahnverbindung übernehmen! Zur Freude von Vorarlberg und zum Leid unserer Bevölkerung.

VCL Verkehrs-Club Liechtenstein